



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## I. Das Wichtigste zuerst

### Klare Haltung zum Staatsvertrag

Gestern fand ein Gespräch zwischen mir, Thomas Dörflinger, Thorsten Frei, Andreas Jung und dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur in, Alexander Dobrindt (CSU), in Berlin statt. Dabei machten wir unsere Position deutlich, dass wir geschlossen gegen eine Ratifizierung des vorliegenden Vertrages stehen. Die Begrenzung der Anzahl der Flugbewegungen, die Flughöhen, die Definition der Flugrouten, die Umstände des „gekröpften Nordanflugs“, die Zukunft des Warteraumes RILAX sowie die Kündigungsmöglichkeit innerhalb der 30-jährigen Laufzeit des Vertrages sind aus unserer Sicht nicht oder für die Region nicht zufriedenstellend geregelt. Wir forderten den Minister auf, die Kritikpunkte auch bei dem in der nächsten Woche anstehenden Gespräch des Ministers mit der Schweizer Verkehrsministerin Doris Leuthard deutlich zu machen. Andreas Jung, südbadischer CDU-Bezirksvorsitzender, lud Alexander Dobrindt zu einer **regionalen Verkehrskonferenz** an den Hochrhein ein, wo Gelegenheit sein soll, neben der Frage der Flugverkehrsbelastung auch Fragen der regionalen Verkehrsinfrastruktur wie die Zukunft der A98 zu besprechen.



## II. Die Woche im Parlament

### 1. Regierungserklärung des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, zum Jahreswirtschaftsbericht 2014.

## „Schmidts Berliner Brief“ 3/14

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe von „Schmidts Berliner Brief“!*

*Heute geht es unter anderem um die Novellierung des Abgeordnetenrechts. Zugegebenermaßen stößt das Vorhaben auf wenig Verständnis bei der Bevölkerung. Die geplante Änderung des Abgeordnetengesetzes – Schwerpunkt Altersversorgung und Entschädigung basiert auf dem Bericht und dem darin unterbreiteten Vorschlag einer unabhängigen Kommission.*

*Die Zahl der Leserinnen und Leser meines Berliner Briefes nimmt zu, worüber ich mich ganz besonders freue. Seit letzter Woche können Sie den „Schmidts Berliner Brief“ ganz bequem auf meiner neuen Webseite*

[www.gabriele-schmidt.eu](http://www.gabriele-schmidt.eu)

*„abonnieren“. Die Eingabemaske finden Sie gleich auf der ersten Seite. Ich freue mich darauf, mit Ihnen in Kontakt zu treten und bitte Sie herzlich, mir Ihre Anliegen, Bedürfnisse und konstruktive Kritik mitzuteilen.*

*Herzliche Grüße*

In der Kernzeit am Donnerstag debattierten wir die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neuen Bundesregierung, wie sie das Kabinett einen Tag zuvor im Jahreswirtschaftsbericht beschlossen hat. Unter dem Titel „**Soziale Marktwirtschaft heute - Impulse für Wachstum und Zusammenhalt**“ bringt der **Jahreswirtschaftsbericht** sehr gut zum Ausdruck, welche Aspekte die Koalition besonders betonen wird. Der Bericht orientiert sich konsequent am Koalitionsvertrag und ist somit Ausdruck zuverlässiger Zusammenarbeit. Unsere zentralen Ziele des Haushaltsausgleichs 2015 und der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch nationale Reformen werden umfassend gewürdigt. Mit Blick auf den Mindestlohn strebt die Bundesregierung eine Ausgestaltung an, die keine Arbeitsplätze gefährdet. Das war uns immer besonders wichtig. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält auch eine aktuelle Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 2014. So erwartet die Bundesregierung im Zuge einer breit angelegten, stetigen Aufwärtsbewegung ein Wirtschaftswachstum von rund 1 ¾ Prozent – nach 0,4 Prozent im Jahr 2013. Die Erwerbstätigkeit steigt voraussichtlich um 240.000 Personen auf 42,1 Millionen an und steuert damit auf einen weiteren Rekordwert zu.

## **2. Änderung des Abgeordnetengesetzes und Änderung des Europaabgeordnetengesetzes.**

Mit diesem Gesetz bringen wir in erster Lesung eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts auf den Weg. So werden die Diäten an das seit 1995 vorgesehene Niveau angehoben, ihre Anpassung künftig an die Lohnentwicklung der Beschäftigten gekoppelt und zugleich Einschnitte bei der Versorgung vorgenommen. Die Maßnahmen folgen den Vorschlägen einer unabhängigen Expertenkommission. Die Diäten sollten seit 1995 so hoch sein wie die Besoldung von Richtern an obersten Bundesgerichten bzw. wie von Landräten oder Bürgermeistern mittelgroßer Städte. Allerdings wurde diese Zielgröße nie erreicht. Die Kommission schlägt daher einen Systemwechsel vor: Mit zwei Erhöhungsschritten erreichen die Diäten zum 1. Januar 2015 die gesetzliche Zielgröße der Richterbesoldung (9.082 Euro). Damit wird dieses System geschlossen. Künftig entwickeln sich nach dem Vorschlag der Kommission die Diäten so, wie der Durchschnitt der Löhne aller abhängig Beschäftigten in Deutschland – nicht besser, aber auch nicht schlechter. Damit ist ein guter Maßstab gefunden.

**Die Zahl 9.082 Euro mag vielleicht sehr hoch erscheinen. Das ist jedoch der Bruttobetrag, von dem nicht unerheblich Steuern und Krankenversicherung abgehen. Inzwischen weiß ich auch, dass die Arbeitsbelastung eines Abgeordneten sicher so hoch ist wie z.B. die eines Bürgermeisters.**

## **3. Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung.**

Wie im Koalitionsvertrag zugesagt, erfassen wir durch eine Ergänzung des Strafgesetzbuches korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgern und gehen mit dem Entwurf in die erste Lesung.

## **4. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO.**

Die Lage in Afghanistan hat sich seit Beginn des ISAF-Mandats, das auf einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, deutlich verbessert. Gleichzeitig sind noch

immer Anstrengungen notwendig, um einen Rückfall des Landes in die Herrschaft der Taliban zu verhindern. Die afghanischen Sicherheitskräfte werden die Sicherheitsverantwortung aber in absehbarer Zeit, wahrscheinlich schon am Ende dieses Jahres, selbst übernehmen können. Wir beraten den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung deutscher Kräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan bis zu dessen voraussichtlichem Abschluss am 31.12.2014 zu erlauben, in erster Lesung. Die Personalobergrenze liegt dabei weiterhin bei 3.300 Soldaten, mit Zusatzausgaben von 579,3 Millionen Euro ist zu rechnen. Die Beteiligung der Bundeswehr trägt zur Sicherheit und Stabilität in Afghanistan bei und beweist die Zuverlässigkeit Deutschlands als NATO-Partner. Bereits im Laufe dieses Jahres werden wir mit dem Abzug unserer Soldaten und unseres Gerätes beginnen können.

### **5. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali.**

Die Bundeswehr leistet im Rahmen der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission bereits einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung Malis. Die Bundesregierung beantragt eine Aufstockung des deutschen Kontingents in dieser Mission von 180 auf bis zu 250 Soldaten, um mit der anstehenden Verlängerung des Mandats noch gezielter auf die Bedürfnisse der malischen Streitkräfte, insbesondere der dortigen Pioniertruppe, eingehen zu können. Wir beraten diesen Antrag in erster Lesung.

### **6. Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2014 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2014).**

Mit dem ERP-Sondervermögen verfügt die Bundesregierung über ein wichtiges und wirkungsvolles Instrument zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Seit der Neuordnung dieses Sondervermögens im Jahr 2007 und der seitdem durch die KfW durchgeführten zinsgünstigen Finanzierung insbesondere für den Mittelstand ist diese Form der Wirtschaftsförderung noch effizienter und kostengünstiger geworden. In diesem Jahr plant die KfW Mittel von knapp 7 Milliarden Euro zu Verfügung zu stellen. Wir stimmen dem Wirtschaftsplan in zweiter und dritter Lesung zu.

## **III. Daten und Fakten**

**Unionsfraktion vorn.** Die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU im Deutschen Bundestag ist nicht nur die Größte im Hause, sondern ihre Mitglieder erfüllen auch am zuverlässigsten ihre Pflichten. Ablesen kann man das z. B. an der Teilnahme an Abstimmungen im Plenum: Bei den ersten fünf namentlichen Abstimmungen in dieser Wahlperiode wies die CDU/CSU-Fraktion eine Nichtteilnahmequote (wegen Krankheit, wie ich leider auch, usw.) von nur 4,6 Prozent auf. Es folgen Linke und Grüne mit je 6,9 Prozent und die SPD mit 7,8 Prozent Nichtteilnahme.

Auch bei den insgesamt 267 namentlichen Abstimmungen der vergangenen Wahlperiode belegte die Union mit 5,1 Prozent den Spitzenwert, gefolgt von der FDP (6,3 Prozent), den Grünen (7,2 Prozent), der SPD (9,7 Prozent) und den Linken, deren Abgeordnete eine unglaubliche Nichtteilnahmequote von im Schnitt 14,1 Prozent aufwiesen – was wohl kaum mit dem Krankenstand zu begründen sein dürfte. Bleibt für den weiteren Verlauf der Wahl-

periode zu hoffen, dass Linke und Grüne nicht nur lautstark mehr Rechte für Oppositionsfraktionen einfordern, sondern vor allem auch ihre Pflichten gewissenhafter als bisher erfüllen. (Quelle: zusammengestellt aus Angaben der Bundestagsverwaltung).

#### IV. Sonstiges

##### 1. Azubis als Entscheider. Seipp Wohnen GmbH aus Waldshut-Tiengen gewinnt den „IHK-Innovationspreis“!



Am Montagabend fand die feierliche Verleihung des „IHK Bildungspreis“ in Berlin statt. Die Abräumer des Abends kommen aus Waldshut-Tiengen. Die Firma Seipp Wohnen GmbH ist glückliche Gewinnerin des „IHK Bildungspreis“ in der Kategorie Innovation. Das Projekt mit dem das traditionsreiche Familienunternehmen ins Rennen ging, heißt: „Young Living bei Seipp Wohnen“. Elf junge Auszubildende sollten eigenständig und eigenverantwortlich ein Konzept entwickeln, es umsetzen, vermarkten und zudem in

Bild von links: Götz und Heike Ladendorf, Gabriele Schmidt, Martin und Jochen Seipp

Kundengesprächen beratend tätig werden. Eine Idee, die beeindruckt und überzeugt hat. Seipp Wohnen arbeitet konsequent an der fachlichen Qualifikation seiner Mitarbeiter. Der erste Auszubildende hat seine Ausbildung bei der Firma bereits vor 40 Jahren abgeschlossen und ist heute noch im Versand der Firma tätig. Ich lud die beiden Geschäftsführer Jochen und Martin Seipp sowie den Ausbildungsleiter Götz Ladendorf und Heike Ladendorf, Vorsitzende des betrieblichen Umwelteams, spontan zu einem Gespräch und einer Führung in den Deutschen Bundestag ein. Seipp Wohnen, wie viele Betriebe der Region, steht aber auch vor Herausforderungen, wie dem mangelnden Zulauf an neuen Auszubildenden.

##### 2. Der Weihnachtsbaum für die Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin im Jahr 2016 kommt aus dem Rothauser Land

Mit großer Freude haben ich und der Bürgermeister der Gemeinde Grafenhausen, Christian Behringer, auf die Zusage von Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten, reagiert, den Weihnachtsbaum aus dem Gemeindewald für die Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin für das Jahr 2016 stiften zu dürfen. „Es ist eine große Ehre für unsere Gemeinde und für das ganze Rothauser Land, einen unserer schönen Tannen weihnachtlich geschmückt in der Hauptstadt zu wissen!“, freute sich Christian Behringer über die Nachricht. Die Idee kam mir bei der Weihnachtsausstellung in der Landesvertretung im letzten Jahr. Inspiriert von der vorweihnachtlichen Atmosphäre und der feierlichen Stimmung zögerte ich nicht lange und kontaktierte den Minister. Jedes Jahr wird



Bild (Heller): Christian Behringer und Gabriele Schmidt

auf dem Vorplatz der Landesvertretung in Berlin ein prachtvoller Baum aus Baden-Württemberg aufgestellt und eine Weihnachtsausstellung eröffnet. Für die musikalische Umrahmung und die gute Laune bei der feierlichen Eröffnung wird eine der Musikkapellen der Gemeinde sorgen und dafür extra nach Berlin reisen. Die Gemeinde Grafenhausen wird die Aktion mit der Patenschaft einer

örtlichen Firma durchführen und dabei gleichzeitig auf die touristischen Vorzüge des Rothauser Landes und des Hochschwarzwaldes hinweisen. Das THW Baden-Württemberg wird den Baumtransport von Grafenhausen nach Berlin durchführen. Heute schon überreichte mir Christian Behringer symbolisch ein Bäumchen. Im Jahr 2016 folgt dann das ca. 14 Meter lange Original!